

Zu Pinocchio in die Schule

Jegenstorf Die Gemeinde ersetzt das Schulhaus Gyrisberg I durch einen Neubau. Die Sanierung des fast 50-jährigen Gebäudes hätte nicht rentiert. Nun liegt das Siegerprojekt «Pinocchio» vor.

Hans Ulrich Schaad

Jegenstorf hat Erfahrung mit der Sanierung von Schulhäusern. Vor ein paar Jahren hat die Gemeinde das Sägetschulhaus für rund 10 Millionen Franken modernisiert. Nach dem Abschluss dieser Arbeiten stand der nächste grosse Brocken an: das Schulhaus Gyrisberg I. Das Gebäude ist bald fünfzig Jahre alt und braucht mehr als einen neuen Anstrich. Es entspricht weder energetisch, baulich noch betrieblich den heutigen Anforderungen. Zudem fehlten in diesem Primarschulhaus Klassen- und Gruppenräume aufgrund der gestiegenen Schülerzahl und der neuen Lehrpläne.

Eigentlich sei auch beim Schulhaus Gyrisberg I eine Totalsanierung vorgesehen gewesen, sagt die zuständige Gemeinderätin Sandra Lyoth (SP). «Eine Machbarkeitsanalyse hat aber gezeigt, dass dies keinen Sinn macht.» So hätte allein die Erhöhung der Erdbbensicherheit eine Million Franken gekostet, erklärt Bauverwalter Jörg Mülchi. Und ein Provisorium während der Bauzeit hätte weitere fast 2 Millionen Franken verschlungen. Deshalb habe sich der Gemeinderat für die Variante Neubau und für den anschliessenden Abriss des alten Schulhauses entschieden, sagt Sandra Lyoth.

Ein Kostendach

Das Verfahren lief in zwei Stufen ab. In einer ersten Phase suchte die Gemeinde Büros, die mit Schulhausbauten Erfahrung haben. Aus den fünfzehn Teams, die sich für eine Wettbewerbs eingabe beworben hatten, wurden an-



So wird das neue Schulhaus vom Pausenplatz her aussehen. Foto: PD

hand der Referenzen vier ausgewählt, die ein Projekt für den Ersatzneubau einreichen durften. Wichtigste Vorgabe war: Es darf nicht mehr als 14,5 Millionen Franken kosten. Zudem soll eine spätere Erweiterung in die Höhe oder die Breite möglich sein. Nachdem sich ein Büro zurückgezogen hatte, konnte die Jury aus drei Vorschlägen das Siegerprojekt küren.

Den Zuschlag erhielt das Projekt «Pinocchio», das unter der Federführung der Hausmann Architekten AG aus Bern entwickelt worden war. Der Vorschlag überzeuge auf «städtebaulicher und architektonischer Ebene», heisst es im Jurybericht. Und es

werte die Schulanlage Gyrisberg mit einer «klaren Erschliessung, der überzeugenden Aussenraumgestaltung und der präzisen Setzung des Baukörpers auf». Das Schulhaus ist viergeschossig, es umfasst 26 Klassenzimmer und Gruppenräume, 10 mehr als heute.

Eine Urnenabstimmung

Am 20. März entscheidet die Gemeindeversammlung über einen Projektierungskredit von 800'000 Franken. Mit diesem Betrag wird «Pinocchio» zum fixfertigen Bauprojekt ausgearbeitet. Es gebe nur noch kleinere Sachen, die man anpassen müsse, sagt Sandra Lyoth. Voraussicht-

lich im Sommer 2021 entscheiden die Stimmberechtigten an der Urne über den Baukredit von 14,5 Millionen Franken.

Gleichzeitig entscheiden die Jegenstorferinnen und Jegenstorfer über die Revision der Ortsplanung. Darin ist auch die Anpassung der Zone für öffentliche Nutzung Gyrisberg enthalten. Die bisherige maximale Gebäudehöhe muss für das neue Schulhaus von 10 auf 15 Meter angehoben werden.

Eine Steuererhöhung

Sandra Lyoth rechnet mit einem Baubeginn im Frühling 2022. Das neue Schulhaus könnte so im Frühling 2023 bezogen wer-

den und damit bevor die nächste grosse Kiste beginnen wird: der Aus- oder Neubau des RBS-Bahnhofs. Dort kommen auf die Gemeinde je nach Variante Kosten von 6 bis 8 Millionen Franken zu.

Das Gyrisberg-Projekt sei aktuell das grösste Vorhaben in Jegenstorf und werde wohl eine Steuererhöhung nach sich ziehen, sagt Lyoth. Über den Zeitpunkt und die Höhe des Anstiegs kann sie noch keine Angaben machen.

Die Ergebnisse des Projektwettbewerbs sind noch bis Sonntag, 2. Februar, im Kirchengemeindehaus Jegenstorf ausgestellt.

Künftig kostet das Parkieren

Zollikofen Am Mittwoch hat der Grosse Gemeinderat das neue Parkplatzreglement einstimmig bewilligt.

Bisher war Zollikofen bekannt als Parkeroase. Fast überall in der Gemeinde konnten Autofahrerinnen und Autofahrer ihr Fahrzeug gratis abstellen. Nun sind diese Zeiten vorbei. Der Grosse Gemeinderat hat am Mittwochabend an seiner Sitzung einstimmig beschlossen, ein Reglement einzuführen. Das heisst konkret: Ab Herbst 2020 soll es in einem festgelegten Bereich weisse Parkfelder mit einer Parkzeitbeschränkung geben. «Die Parkfelder werden sich in der Nähe von grossen Arbeitgebern, Bahnhöfen und der Bernstrasse befinden», so Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP). Die maximale Parkdauer sei von Montag bis Freitag auf zwei Stunden, bei den Schulanlagen, der Gemeindeverwaltung und beim Friedhof auf drei Stunden beschränkt. Künftig können Anwohnerinnen und Anwohner sowie örtlich tätige Gewerbebetriebe Parkkarten

«Die Parkfelder werden sich in der Nähe von grossen Arbeitgebern, Bahnhöfen und der Bernstrasse befinden.»

Daniel Bichsel
Gemeindepräsident

kaufen und diese bei der Gemeindeverwaltung oder übers Web beziehen. Geplant sind Tages-, Wochen-, Monats- und Jahreskarten. Wie viel die jeweiligen Karten genau kosten werden, ist noch nicht klar. Doch: «Mit der neuen Parkplatzbewirtschaftung will die Gemeinde die Anwohner und das Gewerbe bevorzugt behandeln», sagte Bichsel an der Versammlung. Die Massnahme soll das Fremdparkieren verhindern und Quartiere vom Verkehr entlasten.

Das Thema Parkplätze beschäftigt Zollikofen schon seit langem. Bereits 2007 reichte die SP einen Vorstoss ein, um dem freien Parkieren ein Ende zu setzen. Dieser scheiterte allerdings an der bürgerlichen Front, die die Autofahrer nicht mit zusätzlichen Abgaben belasten wollte.

Das BAG begründete seinen Informationsrückstand bisher damit, dass die Schweiz wegen des fehlenden institutionellen Rahmenabkommens nicht an internationalen Behörden und die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse in seine Lageurteilung mit einbeziehe. Das BAG begründete seinen Informationsrückstand bisher damit, dass die Schweiz wegen des fehlenden institutionellen Rahmenabkommens nicht an internationalen Behörden und die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse in seine Lageurteilung mit einbeziehe. Das BAG begründete seinen Informationsrückstand bisher damit, dass die Schweiz wegen des fehlenden institutionellen Rahmenabkommens nicht an internationalen Behörden und die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse in seine Lageurteilung mit einbeziehe.

Das BAG begründete seinen Informationsrückstand bisher damit, dass die Schweiz wegen des fehlenden institutionellen Rahmenabkommens nicht an internationalen Behörden und die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse in seine Lageurteilung mit einbeziehe.

Das BAG begründete seinen Informationsrückstand bisher damit, dass die Schweiz wegen des fehlenden institutionellen Rahmenabkommens nicht an internationalen Behörden und die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse in seine Lageurteilung mit einbeziehe.

Das BAG begründete seinen Informationsrückstand bisher damit, dass die Schweiz wegen des fehlenden institutionellen Rahmenabkommens nicht an internationalen Behörden und die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse in seine Lageurteilung mit einbeziehe.

Das BAG begründete seinen Informationsrückstand bisher damit, dass die Schweiz wegen des fehlenden institutionellen Rahmenabkommens nicht an internationalen Behörden und die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse in seine Lageurteilung mit einbeziehe.

Kritik am Krisenmanagement wächst

Infopolitik Verspätete Hotline, veraltete Informationen: Nimmt das Bundesamt für Gesundheit das Coronavirus auf die leichte Schulter? Fachleute und Politiker sind irritiert.

Christoph Lenz und
Markus Brotschi

Das Coronavirus wird für die Schweizer Gesundheitsbehörden immer mehr zum Stresstest. Und mit jedem Tag häufen sich die Anzeichen dafür, dass beim Bund, insbesondere beim Bundesamt für Gesundheit (BAG), einiges nicht rundläuft.

Jüngstes Beispiel: Am Donnerstagmorgen kündigte das BAG an, dass die seit langem erwartete Coronavirus-Hotline ab 12 Uhr mittags offen sei. Diverse Medien verbreiteten die Meldung umgehend per Push-Mitteilung. Doch Anrufe auf die kostenlose Hotline 058 463 00 00 gingen auch kurz vor 14 Uhr noch ins Leere.

Eine Panne? Eher eine Petitesse – jedenfalls für die Beamten vom BAG. Kurz vor Feierabend erklärten sie auf Twitter stolz, dass die Telefonverbindung «nach leichten Anlaufschwierigkeiten» funktioniere. Gesundheitsexperten und Politiker jedoch zeigen sich in Gesprächen beunruhigt über die vielen kleineren und grösseren Missgeschicke des BAG in den letzten Tagen. Manche Fachleute äussern ihre Kritik nur hinter vorgehaltener Hand. Sie wollen keine unnötige Coronavirus-Panik schüren und scheuen den offenen Konflikt mit dem einflussreichen Bundesamt.

Spätes Gesuch der Schweiz

Aber es gibt auch andere. Etwa den Berner Christian Althaus, einen international renommierten Epidemiologen. Er sei erstaunt gewesen über die Informationspolitik des BAG bei der Pressekonferenz vom Dienstag, sagte Althaus am Mittwoch. «Offenbar waren sich die Vertreter des BAG nicht bewusst, dass die WHO bereits letzte Woche über den Fall einer Übertragung ausserhalb Chinas berichtet hat.» Er hoffe, dass das BAG künftig die öffentlich zugänglichen Situationsberichte der internationalen Behörden und die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse in seine Lageurteilung mit einbeziehe.

Das BAG begründete seinen Informationsrückstand bisher damit, dass die Schweiz wegen des fehlenden institutionellen Rahmenabkommens nicht an internationalen Behörden und die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse in seine Lageurteilung mit einbeziehe.

Das BAG begründete seinen Informationsrückstand bisher damit, dass die Schweiz wegen des fehlenden institutionellen Rahmenabkommens nicht an internationalen Behörden und die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse in seine Lageurteilung mit einbeziehe.

Das BAG begründete seinen Informationsrückstand bisher damit, dass die Schweiz wegen des fehlenden institutionellen Rahmenabkommens nicht an internationalen Behörden und die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse in seine Lageurteilung mit einbeziehe.

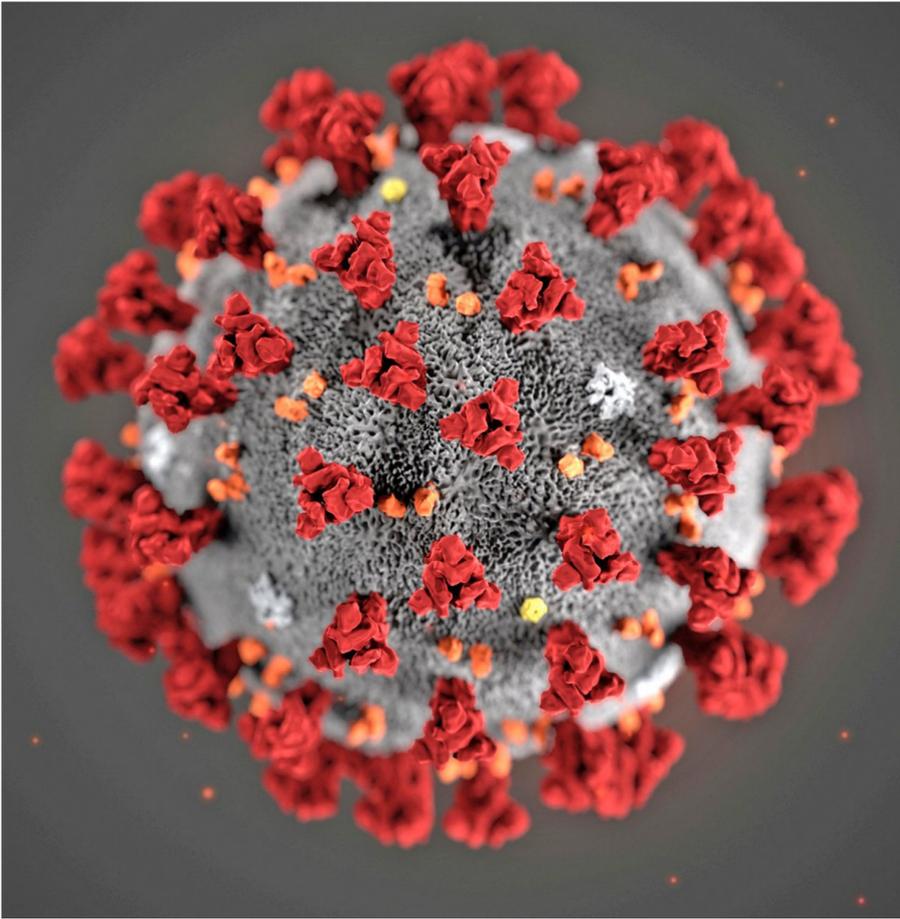
Das BAG begründete seinen Informationsrückstand bisher damit, dass die Schweiz wegen des fehlenden institutionellen Rahmenabkommens nicht an internationalen Behörden und die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse in seine Lageurteilung mit einbeziehe.

Das BAG begründete seinen Informationsrückstand bisher damit, dass die Schweiz wegen des fehlenden institutionellen Rahmenabkommens nicht an internationalen Behörden und die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse in seine Lageurteilung mit einbeziehe.

Das BAG begründete seinen Informationsrückstand bisher damit, dass die Schweiz wegen des fehlenden institutionellen Rahmenabkommens nicht an internationalen Behörden und die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse in seine Lageurteilung mit einbeziehe.

Das BAG begründete seinen Informationsrückstand bisher damit, dass die Schweiz wegen des fehlenden institutionellen Rahmenabkommens nicht an internationalen Behörden und die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse in seine Lageurteilung mit einbeziehe.

Das BAG begründete seinen Informationsrückstand bisher damit, dass die Schweiz wegen des fehlenden institutionellen Rahmenabkommens nicht an internationalen Behörden und die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse in seine Lageurteilung mit einbeziehe.



Verunsichert die Menschen weltweit: Das Coronavirus (2019-nCoV), illustriert von US-Forschern. Foto: Reuters

Das Viren-Warnsystem der EU angeschlossen sei. Man habe aber ein Gesuch für einen temporären Zugang in Brüssel deponiert. Gestern zeigte sich nun, dass dieses Gesuch bei der EU-Kommission erst am Mittwoch eingetroffen ist. Also sieben Tage nachdem das Notfallkomitee der Weltgesundheitsorganisation

(WHO) eindringlich vor dem Coronavirus gewarnt hatte.

«Wie die alte Fasnacht»

Das irritiert CVP-Aussenpolitikerin Elisabeth Schneider-Schneiter. «Warum hat die Schweiz diese Anfrage so spät eingereicht?», fragte sie gestern auf Twitter. «Wir kommen wie die alte Fas-

nacht mit unserem Gesuch», führte Schneider-Schneiter später in einem Gespräch aus. «Das lässt mich schon am Krisenmanagement des Innendepartements zweifeln.»

Für SP-Nationalrat und Hausarzt Angelo Barrile ist nicht jede Kritik am BAG berechtigt. Er könne es nicht nachvollziehen, dass

sich manche Ärzte von den Behörden im Stich gelassen fühlen. Die Verhaltensempfehlungen für Ärzte bei hochansteckenden Infektionen auf der Website des BAG seien für ihn klar und aktuell gewesen, sagt Barrile. «Was ich aber unglücklich finde, ist, dass die Hotline nicht früher bereit war», sagt Barrile. Wenn eine Ver-

unsicherung entstehe, müsse das BAG in der Lage sein, die Hotline sofort zu aktivieren. «Die Hotline hätte spätestens Anfang letzter Woche bereit sein müssen.»

Für Irritation sorgte am Dienstag auch die Aussage des BAG, möglicherweise könne der Engpass bei den Schutzmasken behoben werden, indem Lagerbestände mit Masken kurz vor dem Ablaufdatum freigegeben würden. Gestern nun teilte das BAG mit, dass die Armee über eine Reserve von 13,3 Millionen Masken verfüge. Diese würden allerdings erst verfügbar gemacht, wenn es aus gesundheit-

«Die Hotline hätte spätestens Anfang letzter Woche bereit sein müssen.»

Angelo Barrile
SP-Nationalrat und Hausarzt

lichen Gründen nötig sei. Bei den Schutzmasken, die bald das Ablaufdatum erreichten, handle es sich um deutlich kleinere Reserven der Grossverteiler.

Mit der Kritik von Fachleuten und Politikern kann man beim BAG nicht viel anfangen. Zur Tatsache, dass BAG-Vertreter an der Pressekonferenz vom Dienstag veraltete Informationen verbreiteten, schreibt ein Sprecher: «Wir haben diejenigen Zahlen und Fakten präsentiert, die uns zu Beginn des Point de Presse vorlagen. Die Information, auf die Sie sich beziehen, war auch nicht dermassen wichtig, weil sie unsere Schlussfolgerungen und Handlungen nicht beeinflusst hat.» Zur Frage, warum die Hotline nicht schon vor einigen Tagen aktiviert wurde, äussert sich das BAG nicht.

Dafür beilien sich die Gesundheitsbehörden, schon drei Stunden nach dem Start der Hotline Bilanz zu ziehen. Es habe nur rund 120 Anrufe gegeben, teilte das BAG gestern gegen 17 Uhr der Nachrichtenagentur Keystone-SDA mit. Das sei «eine weitaus geringere Anzahl Anfragen» als bei der Schweinegrippe.

Albert-Anker-Haus-Stiftung hofft auf Geld von Christoph Blocher

Ins Der Stiftung fehlen noch 4 Millionen für den Umbau von Ankers Wohn- und Atelierräumen.

Das historische Albert-Anker-Haus in Ins soll besser zugänglich gemacht und mit einem modernen Kunstpavillon ergänzt werden. Für die Finanzierung des 6-Millionen-Projektes sucht die Stiftung nun Mäzene.

Sofern die Finanzierung zustande kommt, soll das «Centre Albert Anker» im Sommer 2022 eröffnet werden. Die Stiftung Albert-Anker-Haus präsentierte am Donnerstag in Ins das Projekt für die Umbauten sowie den Bau eines Schauhauses im Garten des früheren Wohnhauses des Malers.

Ankers Wohn- und Atelierräume sollen als Zeitzeugen unver-

ändert bleiben, jedoch besser gesichert werden. Als neues Herzstück des Zentrums soll ein ehemaliger Tenn ein Empfangsbereich eingebaut werden. Im Dachraum des alten Bauernhauses soll eine Ausstellungsfläche zum Leben und Wirken des Malers entstehen.

Lager, Archiv, Stauraum

Im oberen Teil des Gartens ist zudem ein Neubau aus Holz geplant. Der neue Kunstpavillon soll als Lager, Archiv und Schauhaus dienen. Zudem soll hier Forschung betrieben werden können. Die Bau- und Umbaukosten werden auf 5,4 Millionen



Albert Ankers Atelier soll besser zugänglich werden. Foto: Keystone

Franken veranschlagt. Dazu kommen Betriebskosten von 600'000 Franken für fünf Jahre.

Auch Blocher wird angefragt

Die total 6 Millionen Franken will die Stiftung mit einem Fundraising stemmen. Ein Drittel des Geldes sei bereits zugesagt, sagte Stiftungspräsident Roger von Wattenwyl. Unterstützung erhofft man sich von Mäzänen und Stiftungen. Dabei sei man auch im Gespräch mit Alt-Bundesrat Christoph Blocher. Blocher ist ein leidenschaftlicher Kunstsammler und verfügt über zweihundert Anker-Bilder in seinem Privatbesitz. (sda)

BZ BERNER ZEITUNG

Berner Zeitung
Zeitung im Espace Mittelland
HEAUSGEBERIN Tamedia Espace AG, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 330 31 11
VERLEGER Pietro Supino
REDAKTION
Chefredaktor: Simon Bärtschi/mb
Stv. Chefredaktor: Wolf Rüdiger/Wrs
Tagelieferung & redaktionelle Planung: Stephan Dietrich (std), Anna Tschannen (ats)
Resortleiter: Stadl Bern: Stefan Schneider (sny), Region Bern: Stephan Künzi (sk), Kanton Bern: Chantal Desobles (cd), Emmental: Markus Zehro (mz), Oberaargau: Kathrin Holzer (kh), Berner Kultur: Michael Felber (mf), Berner Sport: Stephan Dietrich (std), Forum (Leserkontakte):

Frankska Zaugg (fz)
Assistentin der Chefredaktion/Redaktionsleitung: Tamara Frimmel/tf, Jessica Amporf/jam
Chefredaktion Redaktion Tamedia: Arthur Rutishauser, Chefredaktor (ar), Adrian Zurbriggen, Stv. (azu), Armin Müller (arm), Iwan Städler (is), Michael Marti (MMA), **Leitung Tamedia Editorial Services:** Viviane Joyce-Laisus, Leitung, Raphael Diethelm, Stv., Martin Haslebacher, **Leitung Verlag:** Robin Tanner, **Leitung Werbenarrat:** Corinne Holliger, **Leitung Marketing:** Bettina Staub, **Ombudsausschuss:** Ignaz Holzer (ih), Postfach 837, 6330 Cham 1, E-Mail: ombudsmann.tamedia@bluewin.ch

ADRESSEN UND TELEFONNUMMERN Redaktion 4001 Bern, Dornmatten 9/Postfach (Hauptredaktion) Tel. 031 330 33 33
E-Mail: redaktion@bernerzeitung.ch
Zentrale: 031 330 31 11
3401 Burgdorf, Kornhausgasse 16 (Emmental) Tel. 034 409 34 34,
E-Mail: emmental@bernerzeitung.ch
4000 Langenthal, Jungstrasse 15 (BZ Langenthaler Tagblatt) Tel. 052 939 44 44, E-Mail: langenthaler.tagblatt@bernerzeitung.ch
Abonnemente: Telefon +41 844 844 466 (Lokalartikelfestnetz), E-Mail: abo@bernerzeitung.ch
Abonnementspreise: 12 Monate Fr. 527.00; 6 Monate Fr. 292.00; 30% Studenten- und Ausbildungsabatt. Bitte Ausweis mitbringen. Die

Preise verstehen sich inkl. 2,5% Mehrwertsteuer. Einzelnummern montags-Freitags Fr. 4.50, samstags Fr. 5.20 (inkl. 2,5% MwSt)
Umleitungen und Unterbrüche: Fr. 7.– Bearbeitungsgebühr, kostenlos auf www.bernerzeitung.ch/abo/inserate/**Todesanzeigen:**Goldbach Publishing AG, Werdstrasse 2/Postfach, 8021 Zürich, Tel. 031 330 33 10, E-Mail: inserate@bernerzeitung.ch, www.adbox.ch, Todesanzeigen für die Montagsausgabe: Sonntag, 14–16 Uhr Tel. 044 248 40 83,
Internet: www.bernerzeitung.ch E-Mail: online@bernerzeitung.ch
Gesamtauflage BZ Berner Zeitung: Verbreitete Auflage 128 251, davon verkaufte Auflage 126 419 Exemplare (WEM/FWSV-bezugsfähig) **Technische**

Herstellung: DZB Druckzentrum Bern AG Zentweg 7, 3000 Bern, www.zentwegdruck.ch
Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen der Tamedia Espace AG i.S.v. Art. 322 StGB: Berner Oberland Medien AG BOM, DZB Druckzentrum Bern AG, Schaer Holding AG, Schaer Thun AG. In Medien von Tamedia erschienen zwei Formen von Inhaltserwerb: 1) Brandred Content: Im Zentrum steht in der Regel das Produkt oder die Dienstleistung des Werbekunden. Die Erscheinungsweise hebt sich vom normalen Layout des Trägermittels ab. Diese Werbemittel sind mit dem Label «Paid Post» gekennzeichnet. 2) Native Advertising: Der Inhalt orientiert sich in der Regel an einem Thema, das in enger Beziehung zum Produkt oder zur Dienstleistung des Werbekunden steht und journalistisch aufbereitet wird. Die Erscheinungsform ist mit dem Layout des Trägermittels identisch. Diese Werbemittel sind mit dem Label «sponsored» gekennzeichnet Beide Werbeformen werden

vom Team Commercial Publishing hergestellt. Die Mitarbeit von Mitgliedern der Tamedia-Redaktionen ist ausgeschlossen.

«Der Inserent erklärt sich damit einverstanden, dass die BZ Berner Zeitung die Inserate auf Onlinedienste einspielen kann. Der Inserent ist ferner damit einverstanden, dass die Inserate, die vom Verlag abgedruckt, auf Onlinedienste eingespielt, für Dritte nicht frei verfügbar sind. Der Inserent überträgt dem Verlag das Recht, jede irgendwie geartete Verwendung dieser Inserate mit dem geeigneten Mitteln zu untersagen.»

Ein Mitglied des

m e t r o
P O L
Ein Angebot von Tamedia